



Neptuno-Straße im Zentrum der kubanischen Hauptstadt: Laboratorium für wirtschaftliche Experimente

SVEN CREUTZMANN

KUBA

Gründerzeit in Havanna

Präsident Raúl Castro hat Reformen eingeleitet, die mit den Idealen der Revolution brechen – der Kapitalismus hält leise Einzug. Die katholische Kirche will die Öffnung des Landes beschleunigen, nächste Woche kommt Papst Benedikt zu Besuch.

Der Audi des Juan Pérez ist ein blauer Zweisitzer mit einer Sitzbank aus Kunstleder. Auf Airbag und Sicherheitsgurt muss der Passagier verzichten. Nur die vier Ringe an der Lenkstange erinnern an das Logo der Automarke.

„Gefällt dir mein Audi?“, fragt Pérez und stemmt sich in die Pedale seiner Fahrradrikscha. Er träumt von einem A4 mit Klimaanlage und Leichtmetallfelgen.

Seit einem Jahr arbeitet Pérez auf eigene Rechnung, die Regierung hat ihn als Kleinunternehmer zugelassen. Umgerechnet 300 Euro verdiene er, nur müsse er „jetzt Steuern zahlen, das ist das einzige Problem“. Sein Standplatz befindet sich am Beginn der Calle Neptuno in Havanna. Rikschas, Mopeds, vorrevolutionäre Oldtimer-Taxen und staatliche Ladas kämpfen

hupend um jeden Zentimeter Asphalt, Benzinschwaden stehen in der Luft.

Die „Neptuno“ beginnt am Prado-Boulevard im Herzen der Hauptstadt, sie führt bis zur Universität in Vedado, dem früheren Viertel der Mittelschicht. Kleine Geschäfte, Handwerksbetriebe, Restaurants und Cafeterias säumen den Weg.

Aber die Neptuno ist keine gewöhnliche Straße, sie ist ein Laboratorium für jene Experimente, die Präsident Raúl Castro den elf Millionen Kubanern verordnet hat. Nicht zuletzt in dieser Gegend wird sich erweisen, ob sein ehrgeiziges Projekt gelingt: Raúl will Staatswirtschaft und marktwirtschaftliche Reformen kombinieren, um Kuba in ein karibisches Vietnam zu verwandeln.

Eine politische Öffnung schließt Castro nach wie vor aus: Die Zulassung opposi-

tioneller Gruppierungen käme „der Legalisierung der Parteien des Imperialismus“ gleich, warnte er auf dem Kongress der Kommunistischen Partei Ende Januar.

Vergebens hoffen die Kubaner bislang auf Reisefreiheit, die Migrationsgesetze hat das Regime nicht angetastet. Revolutionärveteranen der ersten Stunde haben noch immer das Sagen, das Durchschnittsalter im Politbüro liegt bei über 70 Jahren. Und Regimegegner werden nach wie vor unterdrückt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet jedoch ist plötzlich möglich, was früher undenkbar war. Weil er seine Ausgaben kürzen muss, hat der Staat gerade 500 000 Angestellte entlassen. Sie dürfen nun Läden und Handwerksbetriebe eröffnen, Wohnungen, Autos und selbstgezo­genes Gemüse verkaufen oder auf eigene Rechnung Rik-

scha fahren, so wie Pérez. Die Anzahl der Mini-Betriebe hat sich innerhalb eines Jahres auf rund 350 000 verdoppelt. Von mittelständischen Unternehmen oder gar Konzernen in privater Hand kann allerdings noch keine Rede sein.

Immerhin: Wenn Papst Benedikt nächste Woche für drei Tage auf die Insel kommt, werde er ein „anderes Kuba“ erleben, befand der „Nuevo Herald“ in Miami, ein Blatt, das kaum Sympathien für Kuba hegt. Raúl Castro habe „die größte Ausweitung privater wirtschaftlicher Aktivitäten zugelassen, die es je unter dem kommunistischen Regime gab“.

Der Besuch des Pontifex dient nicht nur der Seelsorge für die rund fünf Millionen kubanischen Katholiken, er hat auch eine politische Dimension. Kubas katholische Kirche pflegt seit dem ersten Papstbesuch vor 14 Jahren deutlich bessere Beziehungen zur Regierung. Der damalige Gast, Johannes Paul II., und Revolutionsführer Fidel Castro verstanden sich auf Anhieb.

Nach seiner Erkrankung 2006 zog sich Fidel von allen politischen Ämtern zurück. Bruder Raúl, der nun die Regierung lenkt, ließ den Draht zum Vatikan nicht abreißen. Die Kirche hat die Entlassung politischer Häftlinge vermittelt, beide Seiten, Dissidenten wie Regierung, schätzen sie als Gesprächspartner.

Auch Raúls Reformkurs wird vom Klerus unterstützt: „Der Prozess ist unumkehrbar“, versicherte Havannas Kardinal Jaime Ortega und forderte die Regierung auf, die Öffnung zu beschleunigen.

Kuba ist noch immer von der eigenen Misswirtschaft und vom Wirtschaftsembargo der USA gezeichnet. Doch das Land hängt längst nicht mehr vom großen Nachbarn im Norden ab. Aus Venezuela kommt verbilligtes Öl, Brasilien unterstützt mit 480 Millionen Euro den Ausbau des Hafens von Mariel in der Nähe von Havanna, dort soll eine Sonderwirtschaftszone nach chinesischem Vorbild entstehen.

Womöglich wird sich die sozialistische Regierung mit ausländischer Hilfe auch bald eine neue Einkommensquelle erschließen: Kuba sucht vor seiner Küste nach Öl. Amerikanische Experten sind darüber

derart besorgt, dass ein US-Team die chinesische Bohrinnsel, die Kuba einsetzt, eingehend auf ihre Sicherheit überprüfte – wegen des Embargos dürfen Amerikaner keine eigenen Anlagen an die Kubaner liefern.

Bislang profitieren vor allem Europäer, Lateinamerikaner, Kanadier und Chinesen vom Kuba-Boom: „Die Kubaner zahlen pünktlich, bar und in Devisen“, sagt ein deutscher Geschäftsmann, der seit Jahren in Havanna lebt.

„Ganancia“, das spanische Wort für Gewinn, ist nun kein Schimpfwort mehr, in Havanna herrscht Gründungsfieber. Überall eröffnen private Restaurants, früh am Morgen kaufen deren Besitzer Fleisch und Gemüse auf den Bauernmärkten.

Rikschafahrer Pérez transportiert Hausfrauen, Geschäftsleute, Touristen und Staatsangestellte. Für fünf Euro fährt er alle 24 Straßenblocks der Neptuno ab. Pesos Cubanos, die offizielle Währung, akzeptiert er nicht: „Wer in Kuba Geschäfte machen will, muss CUC verdienen.“

CUC heißt die konvertible Insel-Währung. Früher war das Hartgeld den Touristen vorbehalten, seine Freigabe der erste Schritt Richtung Marktwirtschaft. Wer CUC hat, kann alles kaufen: Shampoo aus Brasilien, Rindersteaks aus Argentinien oder Coca-Cola aus Mexiko.

Viele Kubaner besitzen Devisen: Verwandte schicken ihnen Dollar aus Miami oder Euro aus Spanien, die sie dann in den Wechselstuben in CUC tauschen. Auch die Korruption, von Raúl Castro zum Staatsfeind Nummer eins erklärt, bleibt eine Quelle für Zusatzeinkommen. Viele Waren, die an der Neptuno angeboten werden, stammen vom Schwarzmarkt.

Für CUC-Besitzer gibt es keine Versorgungskrise. Im Lenin-Park vor den Toren Havannas treffen sich am Wochenende Familien und Vereine zu Grillpartys. Schweinesteaks und Hähnchen brutzeln über dem Feuer, Bucanero-Bier fließt.

Doch der Boom hat eine Kehrseite, die an ein Tabu der Revolution rührt: Die Kluft zwischen Devisenbesitzern und Peso-Verdienern wird immer größer. Kleinunternehmer wie Rikschafahrer Pérez verdienen ein Vielfaches des Salärs von Staatsangestellten, die in Pesos entlohnt werden.

Ausländischen Firmen, die auf Kuba mit Staatsfirmen kooperieren müssen, laufen die Fachkräfte fort: Sie müssen die Gehälter ihrer Angestellten in Devisen an die Regierung überweisen, die zahlt denen aber nur Pesos aus. Viele Ingenieure haben gekündigt, weil sie mit dem Verkauf von DVD-Raubkopien oder als Automechaniker mehr verdienen.

Entlang der Neptuno florieren die Devisenläden. In dem



Keksverkäufer



Wohnungstauschbörse



Fitnesszentrum

Modernisierung in Havanna: „Der Kurs ist unumkehrbar“

FOTOS: SVEN GREUTZMANN

Fleischerladen Oro Rojo („Rotes Gold“) decken sich private Restaurants und Hotels mit Filetsteaks und Schweinekoteletts ein. Wenige Schritte weiter hat ein Adidas-Laden eröffnet, Markenturnschuhe sind Statussymbole.

An winzigen Verkaufsständen bieten ehemalige Staatsangestellte Handy-Ladegeräte, Büstenhalter und Baumaterial an. Im Modekaufhaus Berens, in dem sich vor der Revolution Kubas Oberschicht einkleidete, residieren heute private Juweliers und Uhrmacher.

Die Straße steigt an, links liegt die Universität, rechts geht es zum Hotel Habana Libre, dem ehemaligen Hilton. Polizisten patrouillieren auf dem Gehweg, junge Männer und Frauen gehen ins Bodybuilder-Studio „Neptuno“. Eigentümer Manuel Galzabuni, ein Mann mit Piercingringen in Nase, Ohren und Lippen, hat die Trimmgeräte aus Alteisen, Fahrradketten und Abflussrohren zusammengebaut. 200 Besucher hat er täglich.

Einige Schritte weiter bringen Kubanerinnen in einer Tanzschule Franzosen Salsa bei, nebenan hat Jorge Chávez einen Kräuterladen eröffnet. Früher arbeitete er als Maler in einem Staatsbetrieb, jetzt zieht er in einem Garten am Stadtrand Heilpflanzen gegen Bronchitis, Impotenz und Prostatabeschwerden. Der Gewinn sei „Betriebsgeheimnis, aber es lohnt sich“. 120 Pesos zahle er monatlich Steuern, fünf CUC sind das, vier Euro.

Am Prado-Boulevard, wo die Neptuno beginnt, haben sich im Schatten der Gummibäume etwa hundert Menschen versammelt, viele tragen Pappschilde vor der Brust. Sie preisen ihr Haus oder ihre Wohnung an: Seit November ist auch der Verkauf von Immobilien erlaubt.

Privatbesitz von Grund und Boden war in Kuba nie verboten, nur durfte man bislang nur tauschen, nicht verkaufen. Allerdings gibt es viele ungeklärte Besitzverhältnisse, vor allem bei Immobilien von Familien, die das Land verlassen haben.

Einer der Makler klappt seinen Laptop auf, er zeigt Fotos verschiedener Häuser, an den Bäumen hängen Zettel mit Anzeigen. 65 000 CUC, rund 50 000 Euro, kostet ein 414 Quadratmeter großes Haus am Stadtrand, ein Hektar Garten inbegriffen.

Ausländische Interessenten werden besonders umworben. „I have a Beachhouse with four rooms“, hat ein junger Mann auf eine Tafel geschrieben. Dabei dürfen Ausländer ohne festen Wohnsitz auf der Insel gar keine Immobilien erwerben.

Das sei kein Problem, versichert der Makler: „Es gibt Wege und Lösungen. Greif zu, das ist eine Gelegenheit. In ein paar Jahren kannst du dieses Haus nicht mehr bezahlen, dann schnappt es dir ein Amerikaner weg.“

Aber so weit ist es mit der Öffnung Kubas noch nicht.

JENS GLÜSING



Aufständische im nordsyrischen Idlib: „Wie lange wird es noch dauern?“

SYRIEN

Das Mafiakartell

Vergebens hofft die internationale Diplomatie auf ein Einlenken von Diktator Baschar al-Assad. Dessen Militärmaschine walzt ganze Stadtviertel nieder, trotzdem weitet sich der Aufstand aus.

Was einer der Regimegegner in Duma, dem größten Vorort von Damaskus, jüngst erlebte, dürfte zu den bizarrsten Wortwechseln im Krieg des Baschar al-Assad gegen sein Volk zählen.

Der Aktivist kam mit einem sehr jungen Soldaten aus dem Osten des Landes ins Gespräch: „Der nahm nach langem Zögern ein Sandwich und staunte, dass jemand Arabisch mit ihm sprach. Er fragte, wo er sei und war völlig baff, als er erfuhr: in Damaskus. Sein Offizier hatte ihm gesagt, sie würden nach Israel gehen, um gegen die Zionisten zu kämpfen. Aber dann hatte er sich gewundert, wieso Israelis Arabisch mit syrischem Akzent sprächen.“

Präsident Baschar al-Assad hält seine Soldaten in Unwissenheit. Um sie am Überlaufen zu hindern, werden sie vor allem in den riesigen, verarmten nördlichen Vororten der Hauptstadt alle paar Tage verlegt – ohne Handy und ohne zu wissen, wo sie sind. Kaum gepflegt, oft seit Monaten unbezahlt und völlig erschöpft, nehmen viele die Brotspenden der Bewohner an und immer wieder dann doch das diskrete Angebot zum Überlaufen.

Nach Homs, Idlib und Aleppo breitet sich auch in der Hauptstadt Damaskus

Endzeitstimmung aus. Der Aufstand hat die Ränder der Innenstadt erreicht, Meze im Westen, Kafr Susa im Norden. Nachts sind Schüsse und Explosionen zu hören. Jeder wisse, sagt ein Geschäftsmann, der in die jordanische Hauptstadt Amman geflohen ist, dass es zu Ende gehe: „Aber wie lange wird es noch dauern? Einen Monat? Ein Jahr?“

Der Krieg in Syrien ist ein Krieg mit gegenläufigen Tendenzen. Einerseits nimmt die Militärmaschine des Regimes Stadt um Stadt ein, nach Baba Amr nun Idlib im Norden, im Süden greift sie Daraa an. Mit Panzern und Artillerie werden Wohnviertel beschossen. Hingerichtete mit Kopfschüssen, Leichen mit ausgestochenen Augen, erschlagene Kinder wurden gefunden.

Die Grenzen zum Libanon und zur Türkei werden vermint, Fliehende verstümmelt oder getötet. Ein gerade erscheinender Bericht von Amnesty International listet 31 Methoden der Folter auf, Stromstöße, Vergewaltigungen, den „deutschen Stuhl“ zum Überdehnen und Brechen von Gelenken.

Auch nach 8000 Toten, so die zurückhaltende Uno-Schätzung, scheuen die USA, Europa, die Türkei und arabische